

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 38 (1948)
Heft: 13

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDSCHAU

Neutralitätssorgen

-an- Die Osterreise unseres «Aussenministers», Bundesrat Petitpierre, nach England, gibt allen Anlass, sich mit den Fragen zu beschäftigen, die sich um unsere «ewige Neutralität» drehen und sozusagen bei jedem neu auftauchenden Anlass am Horizont erscheinen. «Internationale Konferenzen», die leider heute gar nicht mehr international sind, sondern zumeist nur von einer Welt-hälfte beschickt werden, haben auch für uns das grösste Interesse. Wir werden eingeladen, ersucht, beeinflusst oder gar gepresst, und immer wieder wird es notwendig, den Grossen und auch den Kleinen unter den Mächten zu sagen, welches unsere eigenen politischen Richtlinien seien. Für die «Andern» werden wir automatisch zu einem «Sonderfall», wenn wir wieder und wieder sagen müssen, die Teilnahme an der oder jener Vereinbarung widerspreche unserer Verpflichtung zur Neutralität. und wir sind ein Sonderfall. Das müssten wir uns vielleicht selbst mit bewusster Betonung sagen.

Fast ebensowichtig oder gar wichtiger als die politische Neutralität... und dazu schwerer durchführbar... ist unsere wirtschaftliche Neutralität geworden. Gäbe es keine «Kontingente», keine «Minimalzu-teilungen» wichtiger Waren an die verschiedenen bedürftigen Nationen, könnten wir einfach mit dem Gewicht unserer eigenen Leistungen auf den Märkten erscheinen und «Wert gegen Wert» handeln, das Problem bestände gar nicht. Nun aber liegen eben die Dinge so, dass man uns gegebenenfalls «drücken» kann, und dass wir uns in Dinge schicken müssen, die uns gar nicht passen. Die Teilnehmer an der Havanna-Konferenz, wo der «Kuchen der Weltwirtschaft» verteilt wird, könnten uns ein Kapitel erzählen und die Schwierigkeiten schildern, die sie zu überwinden haben. Wir können uns nicht so total eingliedern lassen, dass wir Mithafte werden für den Fall einer Verflechtung wirtschaftlicher mit politischen Angelegenheiten. Wir sollten auch in diesem Falle «draussen bleiben» können.

Herr Petitpierre ist ein überzeugter Anhänger der These, dass wir unter allen Umständen die wirtschaftlichen Türen nach dem Osten offen halten müssen. Das neue Wirtschaftsabkommen mit Russland bezeugt seine dahinzielenden Absichten. Es gibt im Westen Kritiker, die unsere Haltung bereits als ein Unikum und als einen «Anachronismus» betrachten und den Fall voraussehen, dass die Schweiz als letztes Land die Fiktion aufrecht erhält, die Welt sei einheitlich und nicht bereits in zwei Hälften gespalten. Gerade diese «Fiktion» aber, die Ablehnung der Welt-Spaltung, liegt auf der Linie unserer Neutralität. Mögen die Schuldigen an der Spaltung noch weitere Türen zuschlagen... an uns soll es nicht liegen, wenn es geschieht. Herr Petitpierre wird in England Freunde, die ähnlich denken, die Menge

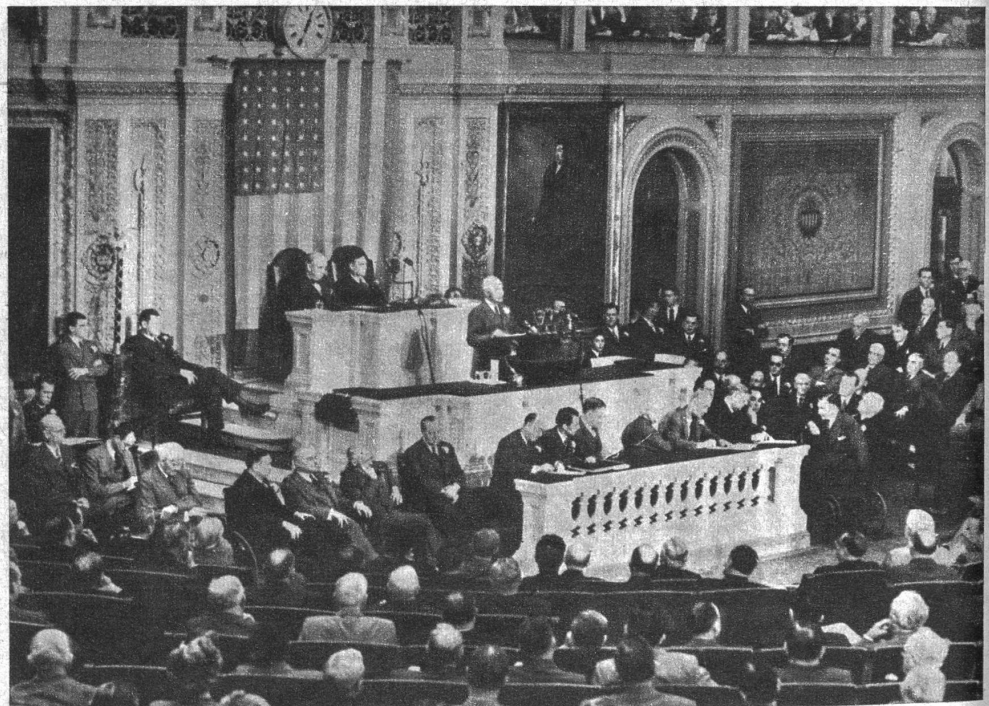
finden. unter Konservativen wie unter Labourleuten übrigens. Auch das ist wesentlich.

Aktiver Westen

Die grosse Rede Trumans vom 17. März muss als ein Anzeichen für die Entschlossenheit der USA angesehen werden, Moskau mit allen Mitteln Halt zu gebieten. Die «Truman-Doctrine», das heisst die vor etwa einem Jahre angekündigte neue Einstellung Amerikas zu den überseeischen Kontinenten, umschrieb ja im Grunde schon das Gleiche: Die USA haben ihre Grenzen in Griechenland, am Bosphorus, in Iran und Japan zu verteidigen. Vor dieser neuen Linie haben die Russen stehen zu bleiben, oder es ist Krieg. Das Volk in den Vereinigten Staaten aber musste sich umgewöhnen. Nicht mehr die «Monroe-Doctrine», die den europäischen Mächten das Recht versagte, sich auf dem amerikanischen Kontinent weiter auszudehnen, sollte gelten. Und es hat ein gutes Jahr gebraucht, bis die Vorstellungen sich gewandelt, der alte Isolationismus seine Widerstände erschöpft hatte. Um diese Wandlung zu vollbringen, musste der Bolschewisten-schreck ins richtige Rampenlicht gerückt

werden, mussten die Folgen einer weitem Verelendung Westeuropas in tausend Bildern und Texten an Augen und Ohren der Amerikaner rühren. Nun ist es so weit, dass der warnende Wallace, der «dritte Präsidentschaftskandidat», von einer Grosszahl seiner Landsleute als ein Störer aller vernünftigen und lebenswichtigen Pläne empfunden wird. Seine Behauptung, es müsste möglich sein, mit den Russen zu einem Einvernehmen zu gelangen, scheint geradezu «moskowitzische Propaganda» zu sein. Der Durchschnitts-amerikaner sieht nur noch, wie die Russen eine Konferenz nach der andern entweder heillos verschleppt oder dann gesprengt haben. Er sieht, wie die «UNO» durch das Veto Moskaus von einer Sitzung zur andern lahmgelegt wurde. Und da kommt Wallace und verlangt nicht nur 8 oder 12 oder 16 Milliarden Dollars wie Marshall, sondern gleich 50! Und er will nicht nur den europäischen Westen, sondern auch den kommunistischen Osten samt Russland wieder aufbauen!

Marshall und Truman haben es sehr leicht, Wallace zu entkräften. Nicht sie sind es gewesen, welche die Russen und ihre Satelliten von der ersten Marshall-Konferenz aus-



Das erste Bild von Trumans grosser Rede über die kritische Lage in Europa

Präsident Truman hielt in der gemeinsamen Sitzung des Repräsentantenhauses und des Senats die angekündigte Rede über die amerikanische Aussenpolitik, die ausserordentlich scharfe Anklagen gegen Russland enthielt. «Seit dem Ende der Feindseligkeiten haben die Sowjetunion und ihre Agenten die Unabhängigkeit und den demokratischen Charakter einer ganzen Reihe von Staaten in Ost- und Mitteleuropa zerstört. Diese grausame Handlungsweise und die klare Absicht, die gleiche Aktion auf die noch übrigen freien Länder Europas auszudehnen, haben die kritische

Lage hervorgerufen.» Er verlangte vom Kongress: 1. Vervollständigung der Aktion für den europäischen Wiederaufbau. 2. rasche Annahme der Gesetze über die obligatorische militärische Ausbildung. 3. bedarfweise Einberufung zum Militärdienst. Die Vereinigten Staaten haben die ungeheure Verantwortung, gemäss ihrer Macht für das Gute in der Welt zu arbeiten. Hinter Präsident Truman der Senatspräsident Vandenburg (links) und Joseph Martin (rechts) der Sprecher des Repräsentantenhauses (ATP).

schlossen. Moskau lehnte sehr schroff ab und liess seine Kleinen auch Nein sagen. Es piff zuletzt auch die Tschechoslowakei heim. Wenn sich die Oestlichen an einer Wiederaufbau-Konferenz nicht beteiligen wollen, dann bringen sie sich schliesslich um das Recht zu reklamieren, falls ihnen die materielle Hilfe aus USA versagt wird. Um diese Hilfe ist in Amerika viel diskutiert worden, und Wallace klagt seine Gegner an, Russland und den Osten gerade damit aufgebracht zu haben, dass die neue Truman-Politik ausdrücklich die von kommunistischen Diktaturen geleiteten Staaten von «geschenksweisen Wiederaufbau - Lieferungen» ausschloss.

Die grosse Truman-Rede ist selbstverständlich auch eine *Wahlrede* gewesen... unter anderm. Das musste sie schon, seit *Truman sich als Präsidentschaftskandidat der Demokraten* wieder portieren liess. Seinem noch nicht endgültigen nominierten republikanischen Gegner wird es schwer fallen, aussenpolitisch ein besseres und für das amerikanische Volk besser verständliches Programm aufzustellen als eben dies: Wir müssen uns aufs Aeusserste rüsten, um den Frieden zu gewinnen, sonst bezahlen wir's mit dem Kriege.

Die grosse Frage, die der «dritte Kandidat» Wallace der amerikanischen Oeffentlichkeit... und sagen wir ruhig: Der Weltgeschichte... zum Bedenken stellt, greift etwas weiter zurück, als die Trumansche Zielsetzung. Wallace nimmt an, die «Versündigung gegen Russland» habe damals begonnen, als die ersten Verhandlungen über eine grosse Wiederaufbau-Anleihe Moskaus bei den USA abgebrochen wurden. Von diesem Moment an wären die Machthaber im Kreml vom bösen Willen Washingtons überzeugt gewesen. Und alles, was seither geschehen, gehe schliesslich darauf zurück, dass man in Amerika niemals daran gedacht, wie grauenvoll die russischen Westgebiete, also die Hälfte des fruchtbaren europäischen Russland, gelitten hätten.

Soll Amerika den eigenen Gegner bewaffnen?

Die «Truman-Doctrine» sagt bewusst: Nein. Wer zum Gegner übergeht, indem er Schluss macht mit der «westlichen Demokratie», wer seine westlich gesinnten nicht-kommunistischen Politiker verfolgt und liquidiert, der soll für keinen Cent mehr amerikanische Waren *geschenkt* bekommen. Kaufen... das ist etwas anderes. Selbst Amerika kann es sich nicht leisten, vorteilhafte Verkäufe abzulehnen, vor allem nicht in einer Situation, welche von ihm «Gratisaufwendungen für Europa» verlangt. Also wird Russland und wird der Nahe Osten *doch* beliefert. Später einmal wird wohl ein Historiker nachweisen, dass auf diese Weise Moskau wehrwichtige Artikel die Menge bekommen habe, und zwar aus USA!

Aber die Truman-Praxis will den *Gegner nicht einmal füttern*... von Aufrichten und Bewaffnen ganz zu schweigen. *Marshall*, der in einer «kalifornischen Rede» seinen Präsidenten sekundiert hat, liess die Italiener genau wissen, dass sie keine amerikanische Hilfe mehr zu erwarten hätten, falls sie einer

kommunistisch - linkssozialistischen Mehrheit in den Sattel verhelfen. Es braucht also nicht einmal den Staatsstreich à la Prag. Auch die legalerweise zur Macht gelangten Linksparteien sind verfehmt. Man könnte diese Warnung als einen Bruch Marshalls mit den demokratischen Spielregeln auffassen. Doch hört die Gemütlichkeit der Diskussion hier auf. Parteien, die sich bereit machen, durch Aktionskomitees ein Parlament auszuschalten, das «legalerweise» zur Macht gekommen, verwirken jedes Recht, sich auf die Demokratie zu berufen.

Das Problem Italien würde aber für die USA brennend, falls wirklich die äussere Linke in den Wahlen siegen sollte. Das heisst, falls auf der Apenninhalbinsel eine Lage entstehen sollte, wie sie nicht einmal in der Tschechoslowakei bestand. Aus einer wohlorganisierten Minderheit, die aktionsbereit die nächste Krise benützen würde, um eine passive Mehrheit zu sprengen, wäre eine Parlamentsmehrheit entstanden, die in aller Ruhe die «Aktionskomitees» zum Vorwärtsmachen kommandieren könnte. Was gedenkt Amerika zu tun, falls *Togliatti* und *Nenni* legale Sieger werden?

De Gasperi und seine Christlichen Demokraten, vor allen andern Gruppen, die rechts von ihm stehen, und von den *Saragat-Sozialisten* abgesehen, werden die «kalifornische Warnung» Marshalls den Wählern vor Augen führen: Amerika hilft nicht mehr und wird nichts mehr schenken, nichts mehr kreditieren, höchstens noch verkaufen... und wie sollte Italien bezahlen? «Im stillen Kämmerlein sieht dich nur Gott allein»... nämlich in der Wahlzelle. So flüstert einer dem lieben kommunistischen Nächsten zu, der aus Ueberzeugung für seine Partei stimmen möchte, der aber zugleich weiss, wie schwer es seine Familie treffen müsste, dieses Ausbleiben der amerikanischen Hilfe! Man hat so unendlich viel entbehrt... nun ist es ein wenig besser geworden... soll es wieder schlechter werden? *Die Chancen der Rechten für den 18. April haben sich durch den einen Ausspruch Marshalls gewaltig verbessert*, die der Linken entsprechend verschlechtert. Man kann heute annehmen, in Washington sei man seiner Sache sicher und wisse, dass der «ominöse Fall», die Nötigung, gegen ein «rotes Italien» vorgehen zu müssen, gar nicht eintreten können!

Nobel wird man es nicht nennen, dieses Winken mit dem Hungertuch. Aber ist vielleicht der *Gegner nobel*? Und verteidigt USA an Italien nicht eine Position, die bei weitem wichtiger sein dürfte als Griechenland? Es geht schon nicht mehr um Zimperlichkeiten. Am 18. April fallen Schicksalslose!

Amerikas Coup in der Palästinafrage

muss in engem Zusammenhang mit den Eventualitäten im Mittelmeer gewürdigt werden. Warum schlägt die *Regierung Truman dem Sicherheitsrat vor, den Teilungsplan für das Heilige Land aufzugeben* und dafür eine *Treuhänderschaft* zu empfehlen, «da sich die vorgesehene Teilung nicht auf friedlichem Wege durchführen lasse»? Der Grund ist einleuchtend: Sollte man weiter im Westen Schwierigkeiten bekommen, kann

man nicht ein Flammenmeer am andern Ende der Gefahrenzone riskieren. Der Sicherheitsrat wird also eingeladen, die Lage in Palästina, wie sie sich bei einer gegen den Willen der Araber erzwungenen Teilung herausbilden müsste, als eine Gefahr für den Frieden zu bezeichnen. Die UNO müsste dadurch veranlasst werden, ihre Beschlüsse nochmals zu prüfen und zu revidieren.

Moskau hat sofort gegen das amerikanische Begehren Front gemacht und betont, damit würden gefasste Beschlüsse widerrechtlich umgestossen. Amerika hat seine gewöhnlichen Verbündeten für sich, die Russen werden wieder ihre Minderheit aufbringen, und während das Markten, mit oder ohne Veto, vor sich geht, gewinnen die Amerikaner, was sie suchen: Zeit. Inzwischen wird sich die Lage in Italien klären, und mit Italien gewinnt der ganze Westen Luft. Dann ist vielleicht der Teilungsplan *doch* wieder akut.

Denn für Amerika handelt es sich *nicht nur um das Wohlwollen der Araber, sondern auch um die Sympathie der Juden*. Sie könnten in den Präsidentschaftswahlen eine Rolle spielen. Das heisst, die Behandlung der Kolonisten in Palästina gibt für die amerikanischen Juden das Mass ab, mit welchem sie die drei Kandidaten für den höchsten Stuhl in Washington messen. Wer vor den Arabern am weitesten zurückkriecht, der versetzt sich selbst in jüdische Ungnade. Man müsste die Ueberschneidung der Interessenlinien ganz kennen, um zu wissen, was Truman heute wichtiger scheint: Die Notwendigkeit, des Westens wegen einen Brandherd im Nahen Osten zum voraus zu ersticken, die Berücksichtigung der Petroleumgesellschaften, welche in Arabien keine Pipelines mehr legen können, falls man die arabische Liga brüskiert... oder die Empörung der Juden. Wer ist für den Wahlkampf wichtiger... die amerikanische Judenschaft oder die amerikanischen Petralkönige? Es gibt endlich noch ein Interesse mitzuberechnen: Die Kriegsfлотten der Amerikaner und Engländer sind ebenfalls «Petrol-Interessenten», und unter dem Druck der politischen Entwicklung gewinnen sie sogar ein besonderes Gewicht.

Was die Russen von einer gewaltsam durchgeführten Teilung Palästinas für sich erhoffen, ist nicht klar. Wer ihnen Böses und *nur* Böses zutraut, nimmt an, sie möchten, das Feuer ginge je eher je lieber auf. Damit man sich nun aber in Moskau nicht zu sehr mit der Sache beschäftige, haben die Westmächte *nach der palästinensischen Bombe noch eine weitere folgen lassen: USA, England und Frankreich ersuchten Moskau auf dem Notenwege, einer Rückgabe von Triest an Italien zuzustimmen*. Auch Belgrad wird in ähnlichem Sinne eingeladen. «Es wird einen Riesenkrach geben», sagen die Londenblätter voraus. Und man kann es glauben.

Das «Leuchtsignal von Triest» stellt natürlich die *wirkksamste westliche Wahlhilfe für de Gasperi* dar. Die gleiche Wirkung hat der *Besuch des französischen Aussenministers Bidault in Turin*. Es handelt sich um den ersten offiziellen Staatsbesuch nach dem Kriege. Der Moment ist gut gewählt, und der Beweis für die Aktivität des endlich erwachten Westens ist gegeben!

Unter der Drucke der Ereignisse im Osten Europas haben England, Frankreich und die «Benelux»-Staaten ein wirtschaftliches und militärisches Abkommen auf die Dauer von 50 Jahren abgeschlossen, das am 17. März, abends, in feierlicher Sitzung paraphiert wurde. Unser Bild zeigt im Akademiepalast in Brüssel von links nach rechts die Aussenminister der nun verbündeten Staaten: Henri Spaak (Belgien), Georges Bidault (Frankreich), Joseph Beck (Luxemburg), bei seiner Ansprache Baron van Bœtzelaer von Oosterhout (Holland) und Ernest Bevin (England) (ATP).

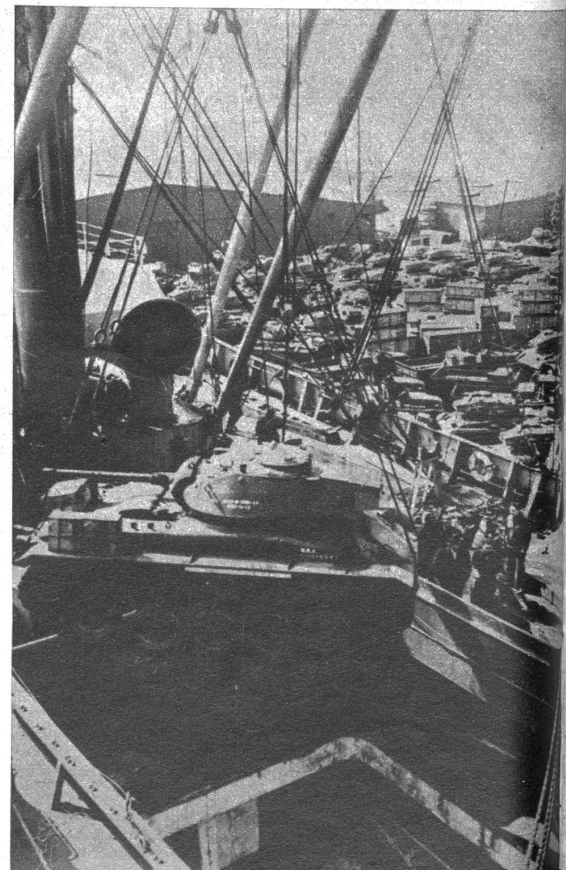


Triest wieder italienisch? Die Vereinigten Staaten, England und Frankreich haben an die russische Regierung das Ersuchen gestellt, einer Rückgabe Triests an Italien zuzustimmen. Dieser Aufsehen erregende, sensationelle Schritt wurde damit begründet, dass es bisher nicht gelungen sei, eine Einigung über die Person eines Gouverneurs herbeizuführen, und dass Jugoslawien den von ihm verwalteten Teil des freien Territoriums sich faktisch bereits angegliedert habe. Der Schritt der Westmächte löste in Italien Begeisterung, im Ostblock aber Bestürzung aus. — Unser Bild zeigt Stadt und Hafen von Triest.

Waffen für die Türkei! Gemäss dem Ausspruch Präsident Trumans, dass mit Dollars allein den bedrohten Staaten nicht mehr zu helfen sei, erhält die Türkei nunmehr verstärkte Waffenlieferungen aus den USA. In den Docks von Brooklyn, dem Neuyorker Hafen, sieht es aus, als zöge Amerika in den Krieg. Gewaltige Mengen von Kriegsmaterial aller Art stehen bereit, um in die Schiffe verladen zu werden. Eben senkt sich ein Tank des modernsten Typs M-24 in den Bauch des türkischen Frachters «Yozgat», bezahlt mit den der Türkei zur Verfügung gestellten Krediten (ATP).



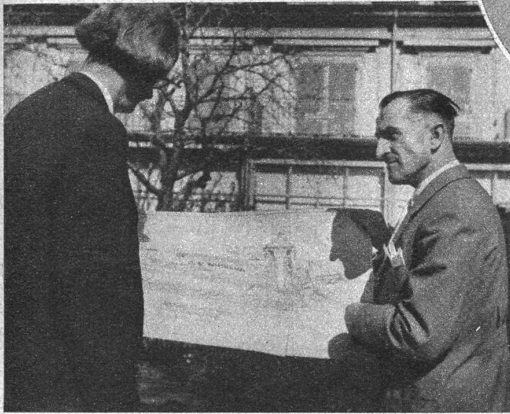
«Die Freiheit geht vor dem Frieden». In Stockholm trafen sich die Ministerpräsidenten der nordischen Länder mit Ausnahme Finnlands, das eben unter dem Drucke der Sowjetunion steht. Es fielen starke Worte, mit denen dem Kommunismus der Kampf angesagt wurde, der freilich mit demokratischen Mitteln ausgefochten werden soll. Die geschlossene Manifestation ist um so bedeutungsvoller, als sie von Männern ausgeht, die der sozialdemokratischen Partei angehören und ihrer Genugtuung Ausdruck gaben, nicht fürchten zu müssen, dass sich in ihren Reihen ein Fierlinger finde. Von links nach rechts die Ministerpräsidenten Tage Erlander (Schweden), Hans Hedtoft (Dänemark) und Gerhardson (Norwegen) (ATP).



Rekrutierungen in den USA. Die Präsidentenrede im Kapitol, in welcher Truman die sofortige Auffüllung der Heeresbestände auf den gesetzlichen Höchststand forderte, hat vorerst zu einer Neurekrutierung von Freiwilligen für die amerikanische Armee geführt. Unser Bild zeigt ein Rekrutierungsbureau in der Stadt Minneapolis, wo sich am ersten Tage seiner Eröffnung 30 junge Männer eingeschrieben haben.

Mountbatten auf dem Thron der Könige von Burma. Ger Generalgouverneur von Indien, Lord Louis Mountbatten, hat dem benachbarten Burma einen Besuch abgestattet und wurde mit wahrhaft königlichen Ehren empfangen. Der burmesische Ministerpräsident Thakin NU weist dem Gaste eben einen Platz auf dem kostbaren Thron der alten Könige von Burma an, vor dem ein nicht minder wertvoller Tisch steht. Rechts hat Lady Mountbatten Platz genommen, während links die Gatin des Ministerpräsidenten der Zeremonie beiwohnt (ATP).

Die Zürcher Gewerbeschülerin Fulvia Cavin, geboren 1926, in Vucherens (Waadt) wurde für die Rettung eines 17jährigen Mädchen aus der Limmat — die nebenbei bis heute für die tapfere Rettung noch nicht einmal gedankt hat — mit der silbernen Verdienstmedaille ausgezeichnet (ATP).



Nachdem das Kleinunterseeboot des Amateur-Erfinders Vassena auf dem Como-See seine Leistungsfähigkeit bewiesen hat — ist es doch in 405 m Tiefe auf den Grund gegangen, hat sich auch Professor Piccard, der vor seinem Unternehmen in der Tiefsee steht, dafür interessiert. In Sierre (Wallis) haben sich die beiden Männer getroffen und ihre Pläne besprochen. — Unser Bild zeigt links Professor Auguste Piccard, den schweizerischen Stratosphärenflieger, mit dem Erfinden Vassena (rechts).



Freudiges Ereignis im Zürcher Zoo: Wie das so in der arktischen Wildnis ist, hat die Eisbärin «Gretel» sich seit längerer Zeit zurückgezogen und in aller Ruhe und Einsamkeit einem Jungen das Leben geschenkt.



Grasshoppers: Cantonal 1:3. Die Grasshoppers mussten auf eigenem Platze eine neuerliche Niederlage hinnehmen. In der Verteidigung der Gäste stand freilich das nationale Backpaar Gyger-Steffen, dessen Eingreifen manche bedrohliche Situation rettete. Gyger (links) ist auch hier auf seinem Posten, während Amado in der Mitte einen akrobatischen Rückzieher exekutiert, wobei ihm sein Klubkamerad Künzler (rechts) wenig helfen kann (ATP).

Kaiserin Fawzia von Iran, die reizende Schwester des Königs Faruk von Aegypten, erschien in der Suezkanal-Hafenstadt Port Said, um hier der feierlichen Eröffnung einer Apotheke bei zuwohnen, welche von einer Hilfs-gesellschaft für die arme Bevölkerung gestiftet wurde. Die Kaiserin legte auch den Grundstein zu einem von der gleichen Gesellschaft zu erbauenden Spital (ATP).

